
Zweiter Tag des Zwanzigsten Treffens
MC(20) Journal Nr. 2, Punkt 8 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG ÜBER DIE FÖRDERUNG DES „HELSINKI+40“-PROZESSES

Wir, die Mitglieder des Ministerrats der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, bekräftigen unser uneingeschränktes Festhalten an allen OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen, beginnend mit der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und allen anderen von uns vereinbarten OSZE-Dokumenten, sowie unsere Verantwortung, sie vollständig und nach Treu und Glauben umzusetzen.

Wir bekräftigen ferner unser uneingeschränktes Festhalten an der Gedenkerklärung von Astana „Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft“, in der sich die Teilnehmerstaaten erneut zur Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok bekannten, deren Grundlagen vereinbarte Prinzipien, gemeinsame Verpflichtungen und gemeinsame Ziele sind. Diese Sicherheitsgemeinschaft soll alle OSZE-Teilnehmerstaaten in der gesamten euroatlantischen und eurasischen Region einen, frei von allem Trennenden, von Konflikten, Einflussbereichen und Zonen mit unterschiedlichem Sicherheitsniveau.

Wir bestätigen erneut unsere Verpflichtung und unser entschlossenes Bekenntnis zur Weiterentwicklung des vom ukrainischen Vorsitz im Einklang mit dem Ministerratsbeschluss von Dublin eingeleiteten „Helsinki+40“-Prozesses als ein alle Teilnehmerstaaten einbindendes Bemühen, die Arbeit an der Verwirklichung der Vision einer Sicherheitsgemeinschaft durch einen starken und stetigen politischen Anstoß weiterzuentwickeln, und zur weiteren Verstärkung unserer Zusammenarbeit in der OSZE auf dem Weg in das Jahr 2015, in dem wir den vierzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki begehen werden.

Wir weisen erneut darauf hin, dass dieser besondere Jahrestag die einmalige Gelegenheit bietet, das Bekenntnis der Teilnehmerstaaten zum Konzept der umfassenden, kooperativen, gleichen und unteilbaren Sicherheit durch praktische Ergebnisse zu bekräftigen, die Ausdruck der verstärkten Bemühungen sind, die OSZE-Verpflichtungen vollständig umzusetzen und die Errungenschaften der OSZE in allen drei Dimensionen zu festigen und darauf aufzubauen, und den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden.

Wir nehmen Kenntnis vom Voranschreiten unserer „Helsinki+40“-Beratungen unter ukrainischem Vorsitz und von der positiven Stimmung bei den Gesprächen im Rahmen der

offenen informellen „Helsinki+40“-Arbeitsgruppe. Diese Beratungen tragen zur Stärkung des Vertrauens zwischen den Teilnehmerstaaten bei, da durch sie jene vereinbarten Prinzipien wieder bestätigt und weiterentwickelt werden, auf denen die OSZE beruht, und das umfassende und kooperative Sicherheitskonzept der OSZE bekräftigt wird.

Wir rufen die designierten Vorsitzländer Schweiz und Serbien dazu auf, diesen Prozess auf der Grundlage eines koordinierten strategischen Herangehens an die Lenkung der Beratungen der Teilnehmerstaaten in den nächsten beiden Jahren fortzuführen.

Wir ermutigen die designierten Vorsitze, weitere Anstöße für einen ergebnisorientierten Dialog zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten zu geben, um den Prozess durch konkrete Folgemaßnahmen im Anschluss an die Gespräche voranzubringen. Wir ermutigen auch den Generalsekretär, im Rahmen seines Mandats den Vorsitz bei Bedarf zu unterstützen. Wir begrüßen die Absicht der designierten Vorsitze, die Durchführungsorgane der OSZE, einschließlich der Institutionen, und auch die Parlamentarische Versammlung der OSZE um weitere Beiträge zu dem Prozess zu ersuchen.

Wir rufen das Forum für Sicherheitskooperation der OSZE dazu auf, im Rahmen seines Mandats weiter zum „Helsinki+40“-Prozess beizutragen.

Wir begrüßen es, dass die designierten Vorsitze die Kontakte zu den Kooperationspartnern der OSZE im Mittelmeerraum und in Asien, zu anderen maßgeblichen Organisationen und Partnern, wissenschaftlichen Kreisen, Nichtregierungsorganisationen und anderen Vertretern der Zivilgesellschaft im Hinblick auf Beiträge zum „Helsinki+40“-Prozess weiter verstärken werden.